

Götz Neuneck: Iran auf dem Weg zur Atommacht? Ausführliche Version für „Streitkräfte und Strategien“, Beitrag für NDR-Info Radio, 18. Oktober 2003

Seit einem Jahr gibt es Anzeichen, auch der Iran könnte aktiv Atomwaffen entwickeln und dadurch die Balance im Nahen und Mittleren Osten entscheidend verändern. "Das Nuklearprogramm des Iran bleibt eine Angelegenheit von großer Sorge" so die Erklärung der Europäischen Union Ende September 2003. Während die EU sich öffentlich eher zurückhält, sind aus dem angelsächsischen Raum harsche Töne zu hören. Jüngst hat Toni Blair, der durch die Kelly-Affaire und den Irak-Krieg angeschlagen ist, verkündet: "Erklärte Politik des Iran sei die Zerstörung Israels." US-Präsident Bush zählt den Iran zu der "Achse des Bösen" und für seine Administration vereint das herrschende Regime vier wesentliche Motive, um nötigenfalls auch militärisch gegen die islamische Republik vorzugehen: Iran entwickle Massenvernichtungswaffen, unterstütze den internationalen Terrorismus und sei ein Unrechtsregime, so der Vorwurf. Diese Gründe reichen nominell aus, um die Bush-Präventivdoktrin auch auf den Iran anzuwenden: Androhung militärischer Gewalt, militärische Intervention und Regimewechsel auch am persischen Golf?

Der iranische Präsident Khatami hingegen hat wiederholt versichert, das Land werde keine Atomwaffen entwickeln und "suche jede Art der Kooperation, um der Welt zu zeigen, dass wir keine Waffenentwicklungen verfolgen." Iran ist Mitglied des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages NNV und hatte sich bisher an die damit verbundenen Verpflichtungen gehalten. Der Vertrag verlangt vom Iran, kein militärisches Nuklearprogramm zu betreiben; die zivile Nutzung der Kernenergie wird jedoch gestattet. Es ist die Aufgabe der internationalen Atomenergie-Agentur IAEA in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Vertragsstaat sicherzustellen, dass die zivilen Nuklearanlagen, nicht für militärische Zwecke benutzt werden.

Arbeitet der Iran nun tatsächlich an Atomwaffen und bildet es eine unmittelbare Bedrohung für seine Nachbarn? Was sind die Vorwürfe, welche iranischen Motive existieren und welche Maßnahmen gibt es, um eine weitere Eskalation zu vermeiden?

Zunächst einmal ist die IAEA damit betraut, die Widersprüche des iranischen Programms zu klären und eine Lösung auszuhandeln. Was sind die Fakten? Das Nuklearprogramm des Iran, geht auf den Schah zurück und wurde 1979 durch Chomeni zunächst abgebrochen. 1995 schlossen der Iran und Russland einen Vertrag über 800 Millionen \$ u.a. zur Fertigstellung der beiden ursprünglich von Siemens stammenden Reaktoreinheiten zur Stromerzeugung in Bushir. Die Bauarbeiten, an denen ca. 1000 russische Techniker beteiligt sind, stehen vor der Fertigstellung. Die Brennstäbe für den geplanten Betrieb 2005 sollen von Russland geliefert werden. Das dabei anfallende, waffenfähige Plutonium soll durch sog. Safeguards der IAEA kontrolliert und von Russland nach Gebrauch zurückgenommen werden. Iran, ein sehr ölreiches Land, benötigt diese Art von Energie nicht, hat sich dennoch dazu entschlossen, ein umfangreiches ziviles Nuklearprogramm zu etablieren. Dazu gehören Forschungsreaktoren, die von der IAEA inspiziert werden. Iran verfügt darüber hinaus über Uranminen und möchte nun auch eine eigene Brennstoffproduktion etablieren.

Im September meldete eine Widerstandsgruppe, der Iran vollende eine Urananreicherungsanlage in Natanz, ca. 350 km südlich von Teheran. Satellitenphotos enthüllten ein 100.000 qm großes Areal, auf dem sich eine Pilotanlage für sogenannte Gaszentrifugen befindet. Mittels dieser kann Uran in verschiedenen Anreicherungsstufen sowohl als Brennstoff für zivile Reaktoren als auch als waffenfähiges Material für Atombomben produziert werden. Ein Besuch des IAEA-Direktors El Baradei ergab, dass die Pilotanlage ca. 150 Gaszentrifugen zu Testzwecken beherbergt. Auf

dem streng gesicherten Areal befinden sich zudem unterirdische Räumlichkeiten für ca. weitere 50.000 Zentrifugen. Damit ließe sich nach einer Testphase im Prinzip 400-500 kg hochangereichertes Uran herstellen, das für 10 bis 20 Nuklearwaffen pro Jahr reichen könnte. Am 12. September forderte die IAEA den Iran auf, "alle Aktivitäten zur Urananreicherung zu beenden und die Verifikation der Nuklearaktivitäten" zu ermöglichen. IAEA-Inspektoren besuchen nun das Land, um dies sicherzustellen. Als Grund für die große Anlage in Natanz gibt der Iran den Wunsch nach Brennstoffautonomie an, denn immer wieder weigerten sich Staaten, dem Iran Brennstoff zu liefern. Da der Iran weitere Reaktoren bauen und exportieren möchte, soll eine eigenen Brennstoffproduktion sichergestellt werden. Uran für Reaktoren gibt es freilich auf dem Weltmarkt genügend und zusammen mit IAEA-Kontrollen ist es möglich, die Reaktoren auch mit ausländischem Brennstäben zu betreiben. Der Iran hatte Natanz der IAEA nicht gemeldet und nutzte eine Lücke im NVV, denn eine Meldung muss erst dann erfolgen, wenn diese mit nuklearem Material betrieben wird. Umweltproben der Inspektoren lassen nun vermuten, dass die Zentrifugen bereits mit Uran betrieben worden sind. Der Iran gibt an, diese Spuren stammten aus dem Herstellerland der Zentrifugen, wahrscheinlich Pakistan. Wären die Zentrifugen jedoch bereits mit Uran im Iran betrieben worden, wäre diese bereits eine Verletzung des NVV. Die USA drängen die IAEA genau dies festzustellen. Zusätzlich befindet sich eine Schwerwasseranlage im Aufbau, deren Zweck nicht eindeutig geklärt ist. Weitere Fragen kommen hinzu. Die iranische Regierung hat volle Kooperation und Aufklärung zugesagt und in Aussicht gestellt, dass das sog. „Zusatzprotokoll“ unterzeichnet wird. Dieses verpflichtet seine Mitglieder zu voller Transparenz bezüglich aller Nuklearanlagen und gibt er IAEA umfassende Überprüfungsrechte.

Bis zum 31. Oktober müssen diese Ungereimtheiten aufgeklärt und sichergestellt sein, dass die Anreicherungsanlage ausschließlich einer zivilen Nutzung dient, andernfalls könnte die IAEA den Fall an den UN-Sicherheitsrat weitergeben. Sanktionen und eine Isolierung des Staates wären die Folge, eine Zukunftsperspektive, die das Land, das sich unter Präsident Khatami wirtschaftlich öffnen möchte, hart treffen würde. Bei erfolglosen Verhandlungen könnte Iran innerhalb von 2 bis 5 Jahren waffenfähiges Nuklearmaterial erzeugen. Beunruhigend ist auch, das Iran Raketen mit einer Reichweite von 1.300 km getestet hat und Raketen mit größerer Reichweite entwickelt. Früher oder später könnte auch Europa von solchen ballistischen Trägern erreicht werden. Bisher fühlt sich Europa durch den Iran nicht bedroht, dies kann sich jedoch mittelfristig ändern, wenn Iran über eine eigene Atombewaffnung verfügt. Die internationale Gemeinschaft ist jedenfalls aufgefordert, sich intensiv der Problematik zu widmen.

In der iranischen Öffentlichkeit besteht ein weitgehender Konsens, dem Land stehe ein ziviles Nuklearprogramm zu. Eine Nuklearbewaffnung wird allgemein abgelehnt. Während die Reformer um Präsident Khatami das Problem eher kleinreden möchten, finden sich im konservativen-orthodoxen Lager Stimmen, die früher oder später für eine Nuklearbewaffnung eintreten. Verwiesen wird u.a. darauf, dass Israel Atomwaffen besitzt und dass der Iran immer wieder vom Ausland bedroht worden ist und sich deshalb verteidigen müsse. Es besteht die Gefahr, dass die Nuklearproblematik auch Bestandteil des inner-iranischen Machtkampf werden könnte. Hinzu kommt, dass der Mullah-Staat sich in einem dramatischen gesellschaftlichen Umbruch befindet. 70 Prozent der iranischen Bevölkerung ist unter 30 Jahren. Arbeitslosigkeit, Korruption und Drogenprobleme nehmen zu und auch der Reformpräsident steht unter Druck. Die demonstrierenden Studenten vom Sommer dieses Jahres lehnen das System in seiner Gesamtheit ab, jedoch ist eine strukturierte Opposition nicht in Sicht. In dieser Blockade-Situation wäre eine sanktionsbedingte Isolierung des Landes höchst gefährlich und könnte den Ruf nach Atomwaffen beschleunigen.

Eine wesentliche Triebkraft für eine Nuklearbewaffnung des Iran ist die Sicherheitslage, so wie sie heute nach dem Irak-Krieg vom Iran wahrgenommen wird. Mit dem Sturz Saddam Husseins ist zwar ein unmittelbarer Kriegsgegner weggefallen. Jedoch fühlt sich der Iran nun von den USA oder ihren Alliierten umzingelt: US-Truppen befinden sich in den Golfstaaten, dem Irak und in Afghanistan. Indien und Pakistan, bauen ihre nukleare Abschreckung aus, ohne dass die Länder von der Weltgemeinschaft dafür zur Rechenschaft gezogen wurden. Israel verfügt über eine eigene Atombewaffnung und neuerdings wird wieder über Militärschläge gegen die Atomanlagen des Iran nachgedacht. Im Norden grenzt das NATO-Land Türkei an den Iran, im persischen Golf patrouillieren NATO-Schiffe.

Vor allem hat der Irak-Krieg für viele Militärs eins verdeutlicht: Der Irak wurde nicht angegriffen, wegen sondern weil er keine Atomwaffen besaß. Nordkorea hingegen, das Anfang 2003 den NVV kündigte und nach eigenem Bekunden bereits Nuklearmaterial für den Bombenbau besitzt, wurde verschont. Die Lektion lautet also zugespitzt: Nur wenn man Nuklearwaffen hat, kann eine Invasion durch die USA verhindert werden. Wird diese Lektion umgesetzt, so kann dies eine nukleare Neubewaffnung insbesondere in Vorderasien einleiten. Vor diesem Hintergrund kommt dem Iran eine Schlüsselrolle zu: Gibt es Möglichkeiten, Teheran von seinen Atomplänen abzubringen und was passiert, wenn Iran am Programm festhält?

Zum einen sollte die iranische Regierung davon überzeugt werden, dass sie in Zukunft ohne Atombewaffnung ihre Sicherheitslage und die Situation im Mittleren Osten verbessert und ihr Kontakt mit dem Ausland sichtbare Ergebnisse zeitigt. Der Iran kann die offenen Fragen der IAEA konstruktiv und umfassend beantworten, wenn lediglich eine zivile Nutzung des Nuklearprogramms intendiert ist. Eine Unterzeichnung des Zusatzprotokoll durch den Iran wäre ein wichtiger Zwischenschritt. Auch müssen die Sicherheitsprobleme in der Region von der internationalen Gemeinschaft Ernst genommen werden. Viele Länder verfügen hier über Massenvernichtungswaffen und Raketen. Diese Probleme sollten auf einer internationalen Konferenz angesprochen und durch regionale Rüstungskontrolle angegangen werden. Auf rhetorischer Ebene sind sich viele Staaten einig, dass der Nahe und Mittlere Osten frei von Massenvernichtungswaffen sein soll. Es mangelt jedoch am entsprechenden Umsetzungswillen und adäquaten Verifikationsinstrumenten. Die Europäische Union könnte hier wichtige organisatorische und technische Hilfe leisten. Insbesondere die USA sollten den Iran nicht ständig an den Pranger stellen, sondern in einen intensiveren diplomatischen Dialog mit dem Iran treten. Eine „Axis of Evil“-Rhetorik wäre in jedem Falle kontraproduktiv. Die Europäische Union kann eine wichtige Brücke zwischen dem Iran und den USA bilden und beispielsweise die Brennstoffzufuhr für die zivile Verwendung übernehmen.. In jedem Falle muss dem Iran ein militärisches Programm abgehandelt werden. Scheitern diese Bemühungen, so könnte der Iran wie bereits Nordkorea aus dem NVV austreten, andere Länder in der Region könnten folgen und die israelische Rüstung würde sich beschleunigen. Neben Indien, China, Pakistan und Israel würde eine weitere Nuklearmacht hinzutreten, dies sicher mit unabsehbar negativen Konsequenzen für Asien und Europa. Der Westen hat lange genug zu dieser Problematik geschwiegen, jetzt ist es Zeit zu handeln.